

Breite Mehrheit für Bahnhofplatz

Der Kantonsrat hat über das Agglomerationsprojekt in Olten entschieden. Im Februar kommt es an die Urne.

Daniela Deck

Fast 90'000 Personen nutzen den Bahnhof Olten täglich, Tendenz steigend. Dabei kommen sich Busse, Velos und Fussgänger zunehmend in die Quere. Für mehr Sicherheit und Effizienz sollen die Verkehrsflüsse entflochten werden und dafür soll der neue Bahnhofplatz Olten samt Aaresteg, Veloparking und Parkhaus sorgen. 157 Millionen Franken kostet die Umgestaltung gesamthaft. Davon soll der Kanton Solothurn netto 28,5 Millionen (brutto 45,2 Millionen) zahlen. Dieser Kredit stand am Dienstag im Kantonsrat zur Diskussion.

«Verkehrsinfrastruktur ist Wirtschaftsinfrastruktur. Das ist ein Standortfaktor ersten Ranges», sagte Matthias Anderegg (SP) für die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission. Der Amtsälteste im Kantonsrat, Urs Huber, sagte für die SP-Fraktion, es sei gut, dass er den Beschluss über das Agglomerationsprojekt endlich noch miterlebe. Denn: «Wer hier nicht täglich Bus fährt, irrt schnell umher.»

Gute Lösung, wenn auch nicht perfekt

Vonseiten FDP/GLP hob Markus Dietschi die «Infrastruktur nationaler Bedeutung» hervor. Man bekomme eine «koordinierte und gute Gesamtlösung», wenn diese auch nicht perfekt sei. Mitte/EVP sah das ähnlich. «Wir würden eine Chance verpassen, die wir nie mehr bekämen», sagte «Wahloltnerin» Andrea Heiri. Der Umbau sei überdies eine Chance für die lokale Baubranche.

Die Grünen hoben die Aufwertung des Bahnhofs als Begegnungsraum lobend hervor und die Verwendung von Recyclingbeton. Zugleich forderte Janine Eggs für die Fraktion, die



So sollen am Bahnhofplatz Olten in Zukunft die Fussgängerströme gelenkt werden.

Visualisierung: zvg

«Wir bekämen die Chance nie wieder.»

Andrea Heiri
Kantonsrätin

Bepflanzung möglichst grossflächig zu gestalten und auch die Fassaden zu begrünen. Auch müsse die Beleuchtung so angelegt werden, dass «keine Angsträume geschaffen werden».

Darüber, dass der Bahnhof Olten und damit sein Bahnhof-

platz eine Bedeutung haben, die weit über den Kanton Solothurn hinausgeht, waren sich alle einig. Beim Preisschild sah es anders aus. Doch mit Ausnahme eines Teils der SVP-Fraktion sehen es auch hier alle genauso wie der Regierungsrat: Der Nutzen rechtfertige die Investition.

Aufregung um eine Einzelmeinung

Bei der SVP war die Meinung geteilt. Fraktionssprecher Stefan Ackermann fragte: «Ist das Gesamtpaket den Preis wert? Ein grosser Teil der Fraktion sagt Nein.» Allerdings räumte auch er ein, dass die Ablehnung wohl nicht zu einer günstigeren Lösung führen würde.

An den rekordverdächtigen zwölf Einzelvoten zeigte sich das Interesse am Geschäft. Dabei meldeten sich mehrere Kantonsräte mehrfach zu Wort. Einzig Philippe Ruf (SVP) teilte die

Begeisterung nicht und sagte, er sehe den Mehrwert als sehr bescheiden. Dass am Bahnhof «noch mehr FHNW» (Fachhochschule Nordwestschweiz) hinkommt, sehe er kritisch, sagte der Oltner. «Das sind keine Steuerzahler.» Das sei eine schlechte Vermarktung.

Das empörte Mitte-Vertreter Georg Nussbaumer dermassen, dass er sich zur Aussage hinreissen liess, «für lächerliche 30 Millionen haben wir die Chance, einen solchen Bahnhof zu bekommen». Eine Aussage, die er nach Protesten sich genötigt sah, zu präzisieren: «lächerlich im Verhältnis zu den Gesamtkosten».

Kolly: So günstig wie jetzt wird's nicht mehr

Baudirektorin Sandra Kolly dankte dem Parlament dafür, dass man mit der breiten Unterstützung des Agglomerations-

projekts gestärkt in die Abstimmung am 28. Februar 2027 einsteigen könne. «Wir rechneten mit einem Beitrag von rund 30 Prozent und jetzt kommt der Bund mit dem Maximalbeitrag von 40 Prozent. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist hervorragend.»

Ausserdem wies sie auf die Unterstützung durch die Bahn hin. «Wenn die SBB nicht überzeugt wären, kämen sie nicht im Traum auf die Idee, 500 Millionen in die Drehscheibe Olten zu investieren.» Zur Kritik, die am FHNW-Neubau geäussert wurde, sagte die Regierungsrätin: «Da gibt es hochwertigen Wohnraum, der mitgeplant wird, und das gibt hochwertige Steuerzahler.»

Nach anderthalbstündiger Debatte stimmte der Kantonsrat dem Kredit mit 89 zu 8 Stimmen zu, bei einer Enthaltung. Das letzte Wort hat das Volk.

Es gibt kein Kantonsreferendum

Mindestlöhne Das nationale Parlament hat beschlossen, dass landesweit geltende Gesamtarbeitsverträge kantonale Mindestlöhne aushebeln sollen. Bereits bestehende Mindestlohnbestimmungen sollen von dieser Bestimmung allerdings ausgenommen sein. Die SP-Fraktion macht sich nun Sorgen um die Autonomie der Kantone und will gegen die Bestimmung das Kantonsreferendum ergreifen. Am Dienstag stand dieser Auftrag im Kantonsrat zur Debatte.

Dagegen sprachen sich die Fraktionen FDP/GLP, SVP und Mitte/EVP aus. Sie argumentierten, dass Solothurn nicht betroffen sei, da der Kanton bekanntlich einen Mindestlohn letztes Jahr abgelehnt hat. Dafür waren neben der SP die Grünen. Man sei überzeugt, dass das Referendum auch ohne Unterstützung der Kantone zustande kommt – derzeit läuft die Unterschriftensammlung –, sagte SP-Co-Präsidentin Angela Petiti. «Doch das Kantonsreferendum wäre ein Zeichen, dass man da zu steht.»

Dass es das Referendum ohnehin geben wird, davon war auch Volkswirtschaftsdirektorin Sibylle Jeker überzeugt, wie sie sagte. Sie untermauerte die ablehnende Haltung der Regierung. Der Kantonsrat unterstützte diese Ansicht mit 67:28 Stimmen. (dd)

Nachricht

Vier Kantonsräte vereidigt

Nachfolge Im Kantonsrat wurden gestern neue Mitglieder willkommen geheissen und vereidigt: Raphael Joray (Mitte, Breitenbach) anstelle von Susanne Koch Hauser; Pascal Walter (Mitte, Solothurn) anstelle von Thomas Studer; Nico Zila (FDP, Olten) anstelle von Daniel Cartier und Georges Davatz (SVP, Messen) anstelle von Markus Dick. (szr)

Der grosse Knall bleibt aus

Der Kantonsrat nimmt den Spitäler-Bericht einstimmig zur Kenntnis.

Eva Berger

Die Diskussion um den Bericht zu den Personalrechtsverstössen bei der Solothurner Spitäl AG (soH) wurde im Kantonsrat mit Spannung erwartet – das letzte Traktandum am ersten Sessionstag. Wirklich viel zu beschliessen hatte das Parlament nicht, es konnte den Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) einfach zur Kenntnis nehmen. Das tat es einstimmig. Und die Diskussion war nach eineinhalb Stunden vorbei.

Drei Anträge gab es zum Bericht. Die Grünen verlangten, die Empfehlungen zum Schluss seien um einen Punkt zu ergänzen, wonach die GPK dem Kantonsrat darüber Bericht erstatten muss, wie die vom Regierungsrat angeordneten Massnahmen bei der soH um-

gesetzt werden. Dem stimmten die anderen Fraktionen zu. Die beiden anderen Anträge stammten von der SVP: Der Regierungsrat solle alle Verwaltungsratsmitglieder der soH, die zum Zeitpunkt der Verfehlungen schon im Amt waren, zum Rücktritt auffordern. Zweitens sei das Revisionsgeheimnis aufzuheben.

Beide Forderungen wären rechtlich aber gar nicht umsetzbar, warnte Kantonsratspräsidentin Myriam Frey Schär. Die SVP zog sie schliesslich zurück. Ihre Anliegen werde sie mit Vorstössen zur Diskussion stellen, kündigte die Fraktion an.

In den wesentlichen Punkten einig

Trotz des Lärms im Vorfeld der Kantonsratssession – der abgesetzte soH-Verwaltungsratspräsident Kurt Fluri ist mit einem

Brief ans Parlament gelangt, die Antwort von GPK-Präsident Patrick Schlatter folgte umgehend – verlief die Debatte ruhig. Der Kantonsrat war sich in den wesentlichen Punkten einig: Es brauche eine bessere und entflochtene Aufsicht bei der soH, zu viel ausbezahlte Gelder für den ehemaligen CEO seien zurückzuzahlen, jetzt müsse das Vertrauen wiederhergestellt werden. Auch dass die Spitäl insgesamt einen guten Job machen und die 4500 Mitarbeitenden der soH keine Schuld am Schlamassel trifft, war unbestritten.

Unterstrichen wurde letzteres durch das Votum von Alexandra Rohn (Grüne), die selber Mitarbeiterin bei der soH ist: «Man erfährt aus den Medien, dass der CEO über Jahre zu viel Lohn erhalten hat. Da vergeht einem das Lachen als Angestell-

te.» Auch stelle sich die Frage, ob es reicht, nur eine Person aus dem Verwaltungsrat zu entlassen, wie es mit Kurt Fluri geschehen ist.

Dieser hatte sich vom Kantonsrat die Anerkennung erhofft, dass er nicht der Alleinverantwortliche ist. Hier war sich der Rat tatsächlich uneins. Die Frage, ob nicht der gesamte Verwaltungsrat in die Pflicht hätte genommen werden müssen, stelle sich zu Recht, sagte Georg Lindenmann für die Fraktion FDP/GLP.

Der Wechsel im Verwaltungsratspräsidium sei eine Chance für einen Neuanfang, meinte Fabian Gloor für die Mitte. Das konnte Heinz Flück (Grüne) wiederum nicht nachvollziehen, habe man doch ein bisheriges Verwaltungsratsmitglied als Interims-Nachfolger von Fluri ernannt. Ein Neuan-

fang sei deshalb nicht erkennbar.

Schaffner: Fluri nicht wegen Verantwortung abgesetzt

Regierungsrätin Susanne Schaffner stellte klar, dass Kurt Fluri nicht abberufen worden sei, weil er seine Verantwortung nicht wahrgenommen hätte, sondern wegen seines «Verhaltens» und seiner Kommunikation. Er habe nach Präsentation des Untersuchungsberichts die Feststellung des Regierungsrats öffentlich relativiert, «obwohl wir mehrmals mit Kurt Fluri geredet und gesagt haben, dass es um die Einsicht geht». Schaffner stellte in Aussicht, dass das Verwaltungsratspräsidium neu ausgeschrieben und gewählt werde.

Wie weiter? Die SP hatte angekündigt, eine parlamentarische Untersuchungskommis-

sion (PUK) einsetzen zu wollen, diese Absicht aber in den letzten Tagen wieder relativiert. Das Co-Parteipräsidium aber, Angela Petiti und Hardy Jäggi, würde eine PUK nach wie vor begrüssen, wie Petiti im Rat sagte. Man dürfe die Situation nicht herunterspielen, «jedem muss bewusst sein, wie viele Betroffene es gibt». Die Lager würden sich widersprechen, eine PUK könnte das entwirren. Dennoch: Die SP wolle es zuerst mit Vorstössen versuchen, damit müsse man jetzt vorwärts machen, so Petiti.

Am Mittwoch entscheidet der Kantonsrat, wie rasch er vorwärts macht. Ein dutzend Vorstösse in Sachen «Solothurner Spitäl AG» liegen auf dem Tisch. Am Mittwoch, dem nächsten Sessionstag, entscheidet das Parlament über deren Dringlichkeit.